

Antrag Nr. 0037/2008/AN
Antragsteller: GAL-Grüne, BL, gen.hd
Antragsdatum: 03.06.2008

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie

**Resolution zum Ausbau des
Kohlekraftwerks Mannheim (GKM)**

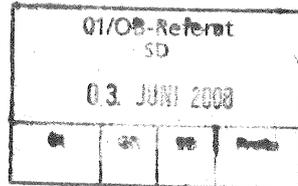
Antrag

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Beratungsergebnis	Handzeichen
Gemeinderat	26.06.2008	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

GAL – Grüne Gemeinderatsfraktion Heidelberg

GAL-Grüne Gemeinderatsfraktion / Rohrbacher Str. 39 / 69115 Heidelberg



fon: 06221 / 16 28 62
fax: 06221 / 16 76 87
eMail: gal-heidelberg@t-online.de
www.gruenes-heidelberg.de

Heidelberg, 03.06.2008

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Ausbau des Kohlekraftwerks Mannheim (GKM)

1. Bericht der Verwaltung
2. Diskussion und Aussprache
3. Resolution zum Tagesordnungspunkt
4. ggf. Anträge

Begründung:

s.u.

gez.
GAL-Grüne, BL, gen.hd

Heidelberg, 03.06.2008

**Resolution
Kein Ausbau des Großkraftwerks Mannheim (GKM)**

Beschluss:

Mit dieser Resolution spricht sich der Gemeinderat gegen den Neubau eines weiteren Blocks des Großkraftwerks Mannheim (GKM) im Stadtteil Mannheim – Neckarau aus.

Begründung:

Vor dem Hintergrund von Ressourcenknappheit und Klimawandel sprechen gewichtige ökologische, energiepolitische sowie wirtschaftliche Gründe gegen den Neubau. Hinsichtlich der zu erwartenden Umweltbelastungen fallen vor allem die zusätzlich zu erwartenden CO₂-Emissionen von mindestens 2,4 Millionen Tonnen ins Gewicht. Hinzu kommen weitere Emissionen, z.B. Stickoxide, Schwefeloxide, Chlorgase und Quecksilber. Der neue Kraftwerksblock würde damit nicht nur eine weitere Belastung für das globale Klima darstellen, sondern auch die Luftqualität der Region stark beeinträchtigen.

Neben den direkten Konsequenzen für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen in der Region, muss jedoch vor allem auf die falsche energiepolitische Signalwirkung des Kraftwerksausbaus verwiesen werden. Fossile Großprojekte dieser Art sind keinesfalls geeignet, den Umstieg auf ein klimafreundliches und nachhaltiges Energiesystem voranzutreiben. Im Gegenteil: Investitionen werden auf Jahrzehnte gebunden und stehen nicht mehr für innovative Projekte, z.B. in den Bereichen Energieeffizienz oder Erneuerbare Energien zur Verfügung. Darüber hinaus werden handfeste wirtschaftliche Interessen geschaffen, an der klimaschädlichen Steinkohleverstromung auch langfristig festzuhalten.

Dies wiederum ist mit negativen Folgen für die regionale Wertschöpfung verbunden: Während erneuerbare Energien oder Einsparungstechnik meist von kleinen Handwerksbetrieben direkt in der Region bereitgestellt werden können, muss der Energieträger Kohle auf dem Weltmarkt eingekauft werden – das dafür eingesetzte Kapital fließt aus der Region ab und kommt nicht der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort zugute. Auf diese Weise bleiben auch große Arbeitsmarktpotentiale ungenutzt. Dabei ist fraglich, ob ein Kraftwerk mit entsprechend hohen CO₂-Emissionen überhaupt wirtschaftlich Strom produzieren wird, wenn der europäische Handel mit Emissionsrechten vollständig in Gang kommt und der Anteil der kostenlos vergebenen Zertifikate wie vorgesehen weiter abnimmt.

Vor dem Hintergrund dieser bedeutsamen ökologischen, energiepolitischen und wirtschaftlichen Probleme kann die Stadt Heidelberg sich der Debatte um den Block 9 des GKM nicht entziehen. Klimaschutz kennt keine Stadtgrenzen – und auch die wirtschaftlichen Folgen für die regionale Wertschöpfung und daraus folgende Arbeitsmarktpotentiale wirken über Mannheim hinaus. Eine zukunftsfähige Energiepolitik muss und kann ohne neue fossile Großprojekte auskommen. Heidelberg kann sich in diesem Zusammenhang nicht nur auf das eigene Stadtgebiet beschränken, sondern muss für die ganze Region Verantwortung übernehmen.